

Initiativantrag

an die ordentliche Landesversammlung am 22./23.10.2011 in Bad Windsheim

AntragstellerIn : Bezirksverband Mittelfranken, Beschluss Bezirksversammlung 08.10.11

Gegenstand: Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik - auf rückwärtsgewandte Großprojekte wie den Ausbau des Frankenschnellwegs verzichten

Antragstext:

Bund, Länder und Kommunen sind schon heute hoch verschuldet. Neu-Investitionen in teure Infrastruktur Großprojekte gefährden verbliebene Handlungsspielräume aller Verwaltungsebenen. Kommunen können den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur alleine nicht gewährleisten. Der Bund will sich aus der Verkehrsfinanzierung vor Ort zurück ziehen. Gleichzeitig setzt die Schwarz Gelbe Landesregierung weiterhin auf das Leitbild der autogerechten Verkehrsplanung. So will die Staatsregierung unter anderem den überdimensionierten Ausbau des Frankenschnellwegs mit Landesmitteln finanzieren, während für den Straßenunterhalt und den Ausbau des umweltgerechten Öffentlichen Personennahverkehrs im ganzen Land das Geld fehlt. Um die überzogenen Großprojekte zu finanzieren möchte die CSU den Bürgerinnen und Bürgern zukünftig Sonderopfer abverlangen.

Die bayerischen Grünen setzen sich ein:

- für ein Umschichten der Haushaltsmittel weg vom Straßenneubau hin zum Straßenunterhalte
- für eine bessere Finanzierung des ÖPNV
- für einen Verzicht auf überdimensionierte und unbezahlbare Großprojekte wie den Ausbau des Frankenschnellwegs

Die bayerischen Grünen fordern den Landesvorstand und die Grüne Landtagsfraktion dazu auf, den Widerstand gegen den Frankenschnellweg mit allen Mitteln zu unterstützen.

Begründung:

Beim Vorhaben des angeblich kreuzungsfreien Ausbaus des Frankenschnellwegs handelt es sich um die Umsetzung jahrzehntealter, aus heutiger Sicht völlig überholter Verkehrspolitik im Sinne der „autogerechten Stadt“. Für den Regional- und Fernverkehr wird eine Abkürzung durch die Stadt geschaffen. Schon jetzt ist der Frankenschnellweg die kürzeste Verbindungsstrecke vom Kreuz Fürth/Erlangen nach Feucht. Für Lkw ist ein Teil der Strecke zudem mautfrei. Nur die bisherige Unterbrechung des Frankenschnellwegs macht diese Strecke für Lkw's unattraktiv. Bei einem kreuzungsfreien Ausbau wird der Frankenschnellweg zur schnelleren und preiswerteren Alternativroute für Lkw's. Das Verkehrsgutachten ist einseitig zu Gunsten des Ausbaus geschrieben und gibt keine realistische Prognose zur tatsächlichen Verkehrszunahme nach dem Ausbau ab. Die Belastung der AnwohnerInnen durch Lärm und Abgase wurde damit schön gerechnet. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird durch das Projekt empfindlich geschwächt. Die tatsächlichen Kosten des Frankenschnellwegs sind nicht absehbar: Bis heute wurde die Angabe schrittweise auf knapp 400 Millionen Euro nach oben korrigiert. Den Überwiegenden Teil soll nach Plänen der Mittelfränkischen CSU der Freistaat übernehmen. Für die wirklich drängenden Zukunftsinvestitionen wie Ausbau der Internetversorgung im Ländlichen Raum, der flächendeckenden Kinderbetreuung und der Energiewende fehlt es dieser Staatsregierung aber an Geld.